

Pinneberg lehnt Flüchtlingsunterkunft im alten Straßenverkehrsamt ab

Um einen Puffer angesichts der überproportional hohen Zahlen von Geflüchteten zu schaffen, hat der Hauptausschuss am 8. November 2023 auf Bitten der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Verwaltungsleitungen im Kreis Pinneberg die Errichtung und den Betrieb einer temporären Flüchtlingsunterkunft angeregt. Zunächst waren als mögliche Standorte zwei Grundstücke in Pinneberg sowie das alte Wedeler Krankenhaus ins Auge gefasst worden. Eine Immobilie in Pinneberg erwies sich aufgrund der Lage als wenig geeignet, in Wedel würde lediglich eine Mietlösung in Frage kommen. So wurde das ehemalige Straßenverkehrsamt in Pinneberg favorisiert, das sich im Besitz des Kreises befindet. Am 7. Februar sollte die Entscheidung darüber fallen. Zu dieser öffentlichen Sitzung waren diverse Unternehmer erschienen, die seit Jahresanfang planten, das Gewerbegebiet in Pinneberg Nord nachhaltig zu entwickeln, es mit Investitionen von bis zu 15 Mio. Euro erweitern zu wollen und dafür das ehemalige Straßenverkehrsamt, auf das sie außerdem ein Vorkaufsrecht besäßen, unbedingt benötigten. So vertagte sich der Hauptausschuss auf den 21. Februar.



Torsten Hauwetter



Stephan Schmidt

Die beiden Pinneberger Kreistagsabgeordneten Stephan Schmidt und Torsten Hauwetter setzten sich vehement für die Investoren ein. In der Folgewoche suchten sie parteiübergreifend mit Jannik Thiel (SPD) nach alternativen Grundstücken. In der Folge dieser Bemühungen bot der Pinneberger Bürgermeister Voerste Grundstücke an der

Müßentwiete an, die von der Verwaltung als grundsätzlich geeignet eingeschätzt werden. Ein Vorteil wäre, dass dort sofort gebaut werden könne, während das ehemalige Straßenverkehrsamt erst noch abgerissen werden müsste. Als wichtig wird die Verabredung erachtet, dass der Kreis das Grundstück als Erbbaupacht für 40 Jahre nutzen wolle. Damit soll eine schnelle Umsetzung zwischen Stadt und Kreis ermöglicht werden, da eine Förderung des Landes von bis zu 800.000 Euro im Raum stehe.



Torsten Hauwetter, der auch Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr des Kreises Pinneberg ist, ist überzeugt, dass die Stadt dem Kreis eine gute Alternative angeboten habe. „Für Pinneberg ist es wichtig, dass das Gewerbegebiet Pinneberg Nord gestärkt wird“, so Hauwetter.

Inzwischen hat die Pinneberger Stadtvertretung eine Zustimmung zur Nutzung des alten Straßenverkehrsamtes als temporäre Flüchtlingsunterkunft verweigert, womit die Grundstücksfrage ohnehin neu zu bewerten wäre.

Ob es allerdings tatsächlich zu einer Flüchtlingsunterkunft im Kreis Pinneberg kommen wird, steht noch in den Sternen. Nach Aussagen der Kreisverwaltung habe sich die Situation im ersten Quartal 2024 wieder beruhigt, und man könne von 80 bis 100 Geflüchteten pro Monat ausgehen. Die Landesunterkünfte seien seit Dezember nicht vollständig belegt. Mitte des Monats wurden weniger als zwei Drittel der Plätze benötigt, und bis Ende März solle die Schaffung weiterer 1.700 Plätze abgeschlossen sein.

EDITORIAL



Leserinnen und Leser,

die ersten zwei Monate des neuen Jahres verliefen weitgehend ereignisarm. Keine Kreistagssitzung, wenige wichtige Themen in den Ausschüssen, allein die Frage, ob der Kreis Pinneberg eine temporäre Flüchtlingsunterkunft schaffen solle, beherrschte die Diskussionen am Jahresanfang. Sollte man so schnell wie möglich mit dem Bau beginnen? Sollte man die Stadt Pinneberg der Möglichkeit berauben, ein schwieriges Gewerbegebiet besser entwickeln zu können? Oder ist die Notwendigkeit für diese Millioneninvestition gar nicht gegeben? All das waren Fragen, mit denen sich der Hauptausschuss und die Fraktionen beschäftigten. Dieser NewsLetter schildert die Chronologie, soweit sie nicht einzelne Aspekte berührt, die streng vertraulich sind oder der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, weil sie persönliche Interessen Dritter berühren könnten.

Erwähnenswert dürfte auch sein, dass diese Ausgabe nunmehr die dritte in Folge ist, die sich mit dem unsäglichen Verhalten und den schrägen Ansichten einzelner Mitglieder der AfD befassen muss. Im Interesse des Kreises Pinneberg und seiner Einwohnerinnen und Einwohner wäre es wünschenswert, wenn diese Fraktion sich von dem selbst gewählten Anspruch, für Klamauk zu sorgen, verabschieden und sich endlich darauf besinnen würde, wofür sie gewählt worden ist und was Kommunalpolitik für die Menschen bedeutet. Noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben.

Ihre



Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Keine Gemeinsamkeiten mit AfD

CDU-Fraktion im Kreis wehrt sich gegen Vergleich mit Nationalisten



Die Meinungen der AfD seien nicht "dramatisch anders" als die der CDU, behauptete laut der Berichterstattung einer regionalen Tageszeitung der Fraktionschef der AfD im Kreistag, Volkher Steinhaus. Das hat die CDU-Fraktion auf den Plan gerufen und ihr Pressesprecher Burkhard E. Tiemann hat unter Mitwirkung der Fraktionsvorsitzenden und des Kreistagsabgeordneten Justus Schmitt entschieden mit einer Pressemitteilung reagiert:

Die CDU - Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann macht deutlich: „Der CDU eine Nähe zu den kruden Auffassungen der AfD zu unterstellen, grenzt an Rufmord!“ Die AfD sei gegen die Europäische Union und fordere den Austritt der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU dagegen bekenne sich ohne Einschränkung zur EU. „Sie hat uns viele Freiheiten gebracht, die die Menschen in unserem Land dank der EU genießen können“, sagt Justus Schmitt, einer der jungen Hoffnungsträger in der CDU-Kreistagsfraktion. Dabei ginge es nicht nur um Reisefreiheit und offene Grenzen, sondern auch um Freihandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Sicherheit. Eine Mehrheit in Großbritannien würde den Brexit mittlerweile bitter bereuen. Die AfD aber spreche sich ebenfalls für den Austritt aus der Union aus. Zumindest wolle sie die EU so verändern, dass sie in der

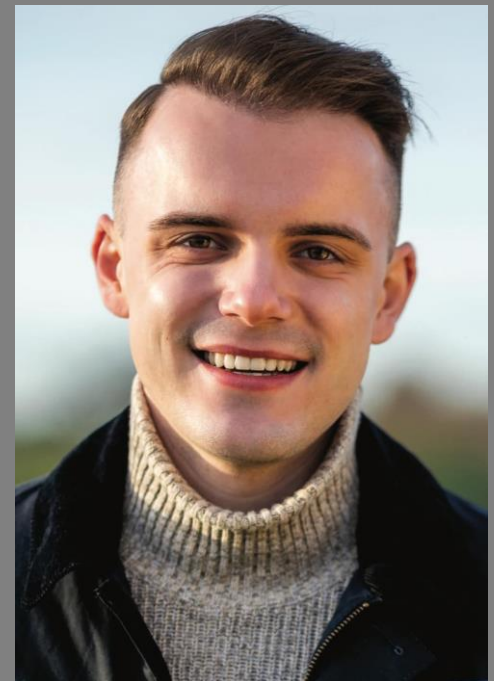
heutigen Form nicht weiter bestehe. Ein Austritt würde Deutschland als Exportnation enormen wirtschaftlichen Schaden zufügen und Millionen Arbeitsplätze gefährden.

„In unserer Fraktion sind wir uns einig, dass eine politische Bewegung, die sich rückwärtsgewandt auf den Weg in Richtung Nationalismus macht, dem Ansehen Deutschlands in der Welt schadet“, macht Heike Beukelmann deutlich. „Ihre Partei stehe fest an der Seite Israels, bekämpfe aktiv jegliche Form von Antisemitismus und schütze die individuellen Freiheiten aller Menschen in Deutschland. In der AfD



hingegen seien nationalistische Tendenzen, Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung des Holocaust zuhause. Aussagen wie „wir sind im Krieg mit Immigranten“ des AfD-Kreistagsabgeordneten Burghard Schalhorn, seien an der Tagesordnung dieser Partei. Diese betone stets das Trennende, richte sich gegen Minderheiten in unserem Land und spalte die Gesellschaft, ganz abgesehen von der Tatsache, dass mehrere AfD-Landesverbände und deren Jugendorganisation vom Verfassungsschutz beobachtet und dort Faschisten in den eigenen Reihen geduldet würden.

Schmitt liefert ein weiteres Beispiel für die fehlende Glaubwürdigkeit dieser Partei: In ihrem Grundsatzprogramm lehne sie sämtliche Subventionen für alle Branchen konsequent ab, behaupte aber, solidarisch mit den Bauern zu sein. Im Kreistag würden die Mitglieder dieser Fraktion sich nach dem gleichen destruktiven Muster verhalten, erklärt Beukelmann. „Sie beklagen sich, dass man sie ignoriere, verweigern aber eine ernsthafte Mitarbeit. So machen sie absurde Personalvorschläge und behindern damit die wichtige Arbeit der Ausschüsse, insbesondere des Jugendhilfeausschusses“. Außerdem stellten sie unausgegorene und nicht realisierbare Anträge und zeigten sich beleidigt, wenn diese keine Mehrheit fänden. Andererseits stimme die AfD aber fast grundsätzlich gegen Anträge, bei denen



die demokratischen Parteien im Kreistag sich einig seien. „Es gibt keine Gemeinsamkeiten. Die AfD vergiftet das Klima, die CDU steht auf dem Boden der demokratischen Grundordnung“, so erläutert Beukelmann die klaren Unterschiede zwischen den beiden Fraktionen.

Pflegestützpunkt

Eine Abordnung der SGGG-Teilfraktion war Anfang Februar beim Pflegestützpunkt im Kreis Pinneberg zu Gast. Seine Leiterin Bianca Trebbin nahm sich die Zeit, den CDU-Fraktionsmitgliedern die wichtigen Beratungsleistungen des Pflegestützpunktes rund um das Thema Pflege zu erläutern und die vielen Nachfragen zu beantworten. Gerade der große Fachkräftemangel im Pflegebereich wurde dabei thematisiert: Er macht auch vor dem Kreis Pinneberg nicht Halt. Um ihm entgegenzuwirken, bedarf es vieler kluger, gemeinsamer Lösungsansätze: Dabei sei insbesondere die Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes durch angemessene Bezahlung und verlässliche Schichtpläne genannt. Ein besonderes Augenmerk muss zudem auf die Auszubildenden gelegt werden: Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum gestaltet sich als besonders schwierig. Passend dazu hat die CDU gemeinsam mit SPD und den Grünen die Kreisverwaltung beauftragt, aufzuzeigen, wie der Kreis Pinneberg bei der Schaffung von zusätzlichem, insbesondere bezahlbarem Wohnraum unterstützen



Von links: Linda Nehl, Michael Paul, Justus Schmitt, Bianca Trebbin, Andre' Looks

kann. Der CDU-Teilfraktion wird der Input von Frau Trebbin in ihrer Arbeit für ein gutes Pflege(beratungs)Angebot sicher weiterhelfen. Es bleibt der CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes auch weiterhin Bestand hat und niedrigschwellig für die Menschen verfügbar ist.

Lob der SPD für CDU-Finanzpolitik

Erst jetzt hat der NewsLetter einen Facebook-Eintrag des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, Helmut Jahnke entdeckt. Nicht alles, was Jahnke so postet, hat in der Vergangenheit unsere Zustimmung gefunden. In diesem Fall aber freuen uns seine Ausführungen ganz besonders. Lobt er doch indirekt die CDU und deren Haushaltspolitik.

Hier ein Auszug vom 22.11.2023:

Senkung der Kreisumlage trotz schwieriger Haushaltslage des Kreises

Die fetten Jahre sind vorbei. Mit dem Nachtragshaushalt für 2023/2024 beginnt eine finanzielle Zeitenwende des Kreises Pinneberg. Bis Ende 2018 war die Höhe der Kreisumlage im Konsolidierungsvertrag des Kreises mit dem Land festgeschrieben. Aufgrund der konsolidierten, guten Finanzlage des Kreises wurde die Kreisumlage von 39 Punkten in mehreren Schritten auf zuletzt 31,4 Punkte gesenkt. Viele sinnvolle Maßnahmen, etliche davon zugunsten der kreisangehörigen Kommunen, konnten verwirklicht werden. Zudem führte die praktizierte vorsichtige Haushaltsplanung bei den Haushaltsabrechnungen zu Überschüssen, die in die Rücklagen flossen.

Außerdem schreibt Jahnke:

Möglich war die Senkung der Kreisumlage, weil beim Kreis in den vergangenen Jahren Überschüsse erwirtschaftet wurden und in die Rücklagen flossen. Durch die Inanspruchnahme der Rücklagen können die Defizite in den Ergebnishaushalten für 2023 und 2024 ausgeglichen werden, ohne dass dafür Kredite aufgenommen werden müssen.

Und weiter:

Die konstruktive Zusammenarbeit in den Beratungen des Nachtragshaushalts hat zudem zu der Erkenntnis geführt, dass die künftigen Herausforderungen für die Finanzlage des Kreises rechtzeitig und gemeinsam angegangen werden müssen.

Schön, dass wenigstens Herr Jahnke zu dieser Einsicht gelangte. Hatte die SPD sich doch sehr schwer getan, die Kreisumlage zugunsten der Kommunen im Kreis auf nunmehr 29,5 % zu senken.

2 Fälle unerfreulicher Übergriffigkeit

In zwei Fällen ist es zu Übergriffen ganz unterschiedlicher Art in der Kreispolitik gekommen, über die der NewsLetter berichtet, weil sie zeigen, dass die Hemmschwelle zu fallen droht.

Einmal mehr verabschiedete sich der AfD-Abgeordnete Schalhorn vorzeitig aus einer Sitzung. Als er den Hauptausschuss verließ, zwängte er sich zwischen dessen Vorsitzender und der Fensterfront hindurch. Dabei packte er ihr – möglicherweise aus Frust über eine demokratische Entscheidung - in den Nacken. Heike Beukelmann war derart überrascht, dass sie den AfDler nur noch auffordern konnte, sich zu entschuldigen, bevor dieser den Raum verlassen hatte. Erst Sekunden später zeigte die Vorsitzende sich zutiefst betroffen, kein Wunder, denn der Griff war nicht nur völlig unangemessen, sondern laut eigener Aussage ekelhaft und auch schmerzhaft.

Heike Beukelmann verzichtet auf eine Anzeige, nichtsdestoweniger werde der Sachverhalt vom Kreis aber geprüft. Die Ausschussvorsitzenden aller Fraktionen denken darüber nach, welche Abwehrmaßnahmen oder Sanktionen es für jedwede Übergriffe gebe.

Übrigens habe Schalhorn auch den früheren Kreispräsidenten Burkhard E. Tiemann und kürzlich auch den Jugendhilfevorsitzenden Ortwin Schmidt (alle CDU) ähnlich im Nacken gepackt.

Vielleicht sollte der 81-jährige AfD-Politiker sich in Therapie begeben!

Die Kreistagsabgeordneten Alexandra Waßong und Stephan Schmidt (beide CDU) sind Opfer eines Farbanschlages mit Hakenkreuzschmierereien an ihrem Haus geworden. Ähnlich hässliche Vorfälle habe es gegen Stadtvertreter der Grünen gegeben, was darauf schließen lässt, dass der Grund für die Übergriffe in Entscheidungen der Pinneberger Stadtvertretung zu suchen ist.

Für die CDU gelte es, ein klares Zeichen zu setzen, sagt Kreispräsident Helmut Ahrens. Es gilt, den demokratischen Diskurs zu suchen, auch, wenn man anderer Meinung ist. Demokratische Entscheidungen müsse man schlicht akzeptieren.

Happy Birthday

Viola Peters

und

Kole Gjoka

waren die einzigen Fraktionsmitglieder der CDU-Kreistagsfraktion, die ihren Geburtstag im Monat Februar feierten.

Der NewsLetter gratuliert sehr herzlich nachträglich.



Im März gibt es gleich 6 Geburtstagskinder. Der NewsLetter wünscht zunächst

Linda Nehl

Burkhard E. Tiemann

Torsten Hauwetter

Glück, Gesundheit, Erfolg und Erfüllung in ihrer politischen Arbeit!



Ein weiterer Glückwunsch

gilt einer politischen Mitbewerberin. Nachdem vor ziemlich genau zehn Jahren dem damaligen Kreispräsidenten Burkhard E. Tiemann (CDU) vom Bundespräsidenten Joachim Gauck das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde, hat jetzt Bundespräsident Steinmeier die 1. Stellvertretende Kreispräsidentin Elke Schreiber (SPD) damit ausgezeichnet.

Der NewsLetter meint: Sie hat es sich verdient! Neben ihrer politischen Arbeit ist sie seit 50 Jahren ehrenamtlich für die AWO tätig.



Herzlichen Glückwunsch,
Elke Schreiber

Was macht eigentlich . . . ? Lutz Degener



Lutz Degener ist ein politischer Spätstarter. Der Jurist, der in der Personaldirektion der Albingia und nebenberuflich als Anwalt tätig war, trat erst nach seiner Pensionierung 2003 in die CDU ein. 2008 wurde er in die Wedeler Ratsversammlung und gleichzeitig auch in den Kreistag gewählt, wo er bis 2013 blieb und ihm sofort das Amt des 1. Stellvertretenden Landrats übertragen wurde.

Er ist verheiratet, hat 3 Kinder und 5 Enkel. Im Interview mit dem NewsLetter gibt er seine Enkel als sein Hobby im Ruhestand an. „Ich bin bekennender Großvater“, sagt der 80jährige, erwähnt aber auch, dass er noch regelmäßige Kontakte zu den Wedeler Ratsmitgliedern habe, die nicht mehr aktiv seien. Und voller Stolz erzählt er, dass er noch 2 x pro Woche Fitness-Training im Studio mache.

Der NewsLetter stellte Lutz Degener 5 Fragen:

Hast Du noch Kontakt zur Wedeler Ratsfraktion?

Um die Politik in Wedel mache ich mir Sorgen. Es hat einen echten Umbruch gegeben. Viele mit langjähriger Erfahrung sind nicht mehr dabei.

Was war Deine größte Herausforderung als Stellvertretender Landrat?

Es war schwierig, die damaligen Fachbereichsleiter darauf einzuschwören, dass auch der Stellvertreter des Landrats Entscheidungen treffen kann.

Wie hast Du die Schließung des Wedeler Krankenhauses erlebt?

Für mich hatte das ganze Verfahren einen gewissen Automatismus. Als die Geburtsstation geschlossen wurde, gab es einen Aufschrei im Wedeler Rat, der ja gar nicht zuständig war. Die Ansprüche sind derart gestiegen, dass man sie in einer Stadt wie Wedel gar nicht erfüllen kann.

Unterstützt Du die Pläne für den Neubau eines Zentralklinikums in Pinneberg?

Unbedingt – ausdrücklich!

Burghard Schalthorn (AfD) war einst Vorsitzender der CDU Wedel. Später gründete er die KWGP. Als deren Fraktionsvorsitzenden hast Du ihn noch aktiv erlebt. Was würdest Du ihm heute raten?

Aus der AfD auszutreten, weil sie für mich keine demokratische Partei ist. Schalthorn hat aber auch schon zu meiner Zeit radikale Ansichten vertreten.

TERMINE März 2024

Montag, 04.03.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 06.03.2024, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses, Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 06.03.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 07.03.2024, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren Elmshorn, Kreishaus

Montag, 11.03.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 12.03.2024, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr, Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 13.03.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 14.03.2023, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, Drostei

Montag, 18.03.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 19.03.2024, 18.30 Uhr:
Sitzung des Finanz-Ausschusses Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 20.03.2024, 18.00 Uhr:
Sitzung des Pinneberger Kreistages, Pinneberg, Rathaus

Donnerstag, 21.03.2024, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses Kreishaus Elmshorn

Mittwoch, 27.03.2024, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses, Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 27.03.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag
Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kr. Pinneberg

Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de